



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Inventionsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Petit-Seite 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 290. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 25. Juni 1875.

Deutschland.

Berlin, 24. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Hofrath Roland, Vorstand des Central-Bureaus im Auswärtigen Amt, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse und dem Geheimen Kanzlei-Rath Hübner, Vorstand des Central-Bureaus der Direction der Main-Weiser-Bahn, zu Kassel, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Stadt-Amtmann Dr. Diehl in Frankfurt a. M. zum Stadtgerichts-Rath und den Gerichts-Assessor von Bischoffshausen ebenfalls zum Stadt-Amtmann in Frankfurt a. M. ernannt. Dem Kanzlei-Rath Kleemann bei der Bergwerks-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten bei seiner Vernehmung in den Ausstand den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath; sowie dem bevollmächtigten Director der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Hofrath Friedrich Adolph Brügge mann zu Aachen den Charakter als Geheimer Hofrath verliehen.

Dem interimsistischen Kaiserlichen Geschäftsträger von Solleben in Jeddo ist für Japan, und dem Kaiserlichen Consul Japen in Yokohama für seinen Amtsbezirk auf Grund der Gesetze vom 4. Mai 1870 § 1 und vom 6. Februar 1875 § 85 die allgemeine Ermächtigung erteilt worden, bürgerlich gültige Geschreibungen von deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen zu beurkunden.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Rhode am Gymnasium zu Bunzlau ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. — Der practische Arzt Dr. Raymond ist mit Verleihung seines Wohnsitzes in Nahen zum Kreis-Wundarzt des Kreises Lubbe ernannt worden.

Belgien.

Auf Grund der Gesetze vom 15. April 1857 (G. S. S. 304 und vom 18. Juni 1875 (G. S. S. 231), sowie des Allerhöchsten Erlasses vom 21sten Juni 1875 (G. S. S. 232) wird hierdurch das gesammte Staatspapiergeld der preussischen Monarchie zur Einföhrung ausgerufen.

Von dieser Anordnung werden betroffen:

- 1) die Kassenscheine vom 2. Januar 1835;
- 2) die Darlehensscheine vom 15. April 1848, 19. Mai 1866 und 21en Januar 1868;
- 3) die nach dem Gesetz vom 29. Februar 1868 (G. S. S. 169) der unversicherten Staatsschuld hinzugefügten kurzfristigen Kassenscheine und Noten der Landesbank zu Wiesbaden, einschließlich der Scheine der vor-maligen Landescreditausschüsse;
- 4) die Kassenscheine vom 2. November 1851, 15. December 1856 und 13. Februar 1861.

Die vorstehend unter Nr. 1, 2 und 3 aufgeführten Papiergeldzeichen werden nur noch bis zum 31. December 1875 zur Einföhrung angenommen; nach Ablauf dieser Frist werden sie ungültig, und alle Ansprüche aus denselben an den Staat beziehungsweise an die Landesbank zu Wiesbaden erlöschen.

Die Bestimmung des Zeitpunkts, zu welchem die vorstehend zu 4 bezeichneten Kassenscheine ihre Gültigkeit verlieren, bleibt einstweilen vorbehalten.

Die Einföhrung erfolgt a. in Berlin:

- bei 1) der General-Staatskasse,
- 2) der Controlle der Staatspapiere,
- 3) der Kasse der königlichen Direction für die Verwaltung der directen Steuern,
- 4) dem Hauptsteueramt für inländische Gegenstände,
- 5) dem Hauptsteueramt für ausländische Gegenstände und
- 6) der unter dem Vorsteher der Ministerial-Militär- und Baucommission stehenden Kasse;

b. in den Provinzen:

- bei 1) den Regierungen-Hauptkassen,
- 2) den Bezirks-Hauptkassen in der Provinz Hannover,
- 3) der Landesbank in Sigmaringen,
- 4) den Kreis-Kassen,
- 5) den Kassen der königlichen Steuerempfänger in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland,
- 6) den Bezirkskassen in den hohenzollernschen Landen;
- 7) den Forstkassen,
- 8) den Hauptzoll- und Haupt-Steuerämtern, sowie
- 9) den Neben- und den Steuerämtern,

von den zu b, 4-9 aufgeführten Kassen jedoch nur, soweit deren jeweiliger Kassenvortrag ausreicht.

Auch werden die erwähnten Geldzeichen bis zum Erlöschen ihrer Gültigkeit von den königlichen Kassen in Zahlung angenommen.

Berlin, den 21. Juni 1875.

Der Finanz-Minister.

Camphausen.

Berlin, 24. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König]

nahm am Dienstag Nachmittag den Vortrag des Geheimen Legations-

Rathes v. Bülow entgegen.

Gestern hatten zum Diner Einladungen erhalten der General-Feldmarschall Herwarth v. Bittenfeld, der Prinz Albrecht zu Solms-Braunfels, der General-Major v. Lucadou, der Oberst v. Schmettow, der Frhr. v. Solemacher-Antweiler, der Frhr. v. Wenge-Wulfen, Herr v. Breusing und der Kur- und Bade-Commissarius Schulz-Lettershofen aus Homburg.

Auf dem Auszuge nach Zugenheim werden Se. Majestät der Kaiser und König von dem Flügel-Adjutanten Major v. Vindequitt begleitet.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] wird sich am 28. d. Mts. in Begleitung des Chefs der Admiralität, Generals der Infanterie von Stosch, nach Swinemünde begeben, um den Manövern des Uebungsschwaders beizuwohnen. Unmittelbar nach Schluß der Besichtigung gedenkt Se. Kaiserliche und königliche Hoheit nach Potsdam zurückzukehren.

© Berlin, 24. Juni. [Die Verhandlungen der Reichstags-Commission für die Justizgesetze. — Die Eisenbahn-Commissariate.] Es kann nicht fehlen, daß während der jetzigen Pause der eigentlichen parlamentarischen Arbeiten die Verhandlungen der Reichstags-Commission für die Justizgesetze in den Vordergrund der Beachtung treten. Es handelt sich dabei ja gewissermaßen um die zweite Verabreichung eines der umfassendsten und wichtigsten Complexe von Gesetzen. Die bisherigen Erörterungen, so weit sie an die Öffentlichkeit gekommen sind, haben nun augenscheinlich in einem großen Theil der Presse nicht bloß ein lebhaftes Interesse, sondern auch die Besorgnis erregt, daß die Commission den Zweck, für welchen sie eigentlich eingesetzt worden, nämlich eine Vorberatung der Justizgesetze in engerem parlamentarischen Kreise, welche die eingehende Beratung im Reichstage selbst ergeben könne, nicht in vollem Maße erfüllen werde. Allerdings tritt nicht bloß eine große Zahl von Veränderungen-Entwürfen im Schooße der Commission hervor, sondern es zeigt sich eine viel größere Zahl von principiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Commission und der Regierung, als man im voraus angenommen hatte. Falls nicht noch bei den weiteren Commissions-Beratungen diese Differenzen in größerer Ausdehnung zum Ausgleich kommen, würde erst dem Reichstage selber die Hauptarbeit der Verständigung über

die principiellen Punkte zufallen. Es würde in diesem Falle die nächste Session den Justizgesetzen eine viel längere Zeit zu widmen haben, als man im Voraus annahm und als mit Rücksicht auf die sonstigen Aufgaben erwünscht sein kann. Daß die Besorgnisse, welche, abgesehen von dem Streit über die einzelnen Fragen selbst, bereits vielfach zum Ausdruck gelangen. Es darf jedoch mit Rücksicht auf den entschieden guten Willen; der an allen beteiligten Stellen und bei den vorzugsweise maßgebenden Persönlichkeiten mit Bezug auf baldige Erledigung der großen Aufgabe herrscht, die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß sich noch bei der zweiten Lesung in der Commission ein großer Theil der Differenzpunkte zur Ausgleichung bringen lassen werde. — Bezugs Vereinfachung des Geschäftsganges bei der Eisenbahn-Verwaltung hat der Handelsminister die Befugnisse der Eisenbahn-Commissariate und Commissarien dahin erweitert, daß eine Reihe bisher der Entscheidung jener Behörde nicht unterworfenen Anträge der Privat-Eisenbahn-Verwaltungen fortan bis auf Weiteres in erster Instanz bei jenen Behörden zur Entscheidung, vorbehaltlich des Recurses an das Ministerium gelangen sollen. Es bezieht sich dies namentlich auf die Anträge zur Genehmigung der Projekte für den Umbau oder die Erweiterung von Bahnhöfen unter gewissen Voraussetzungen, ferner auf die Anträge wegen Inbetriebnahme neugebauter zweiter Geleise. Anträge auf Genehmigung der Beschaffung von Betriebsmitteln, sowie Anträge auf Genehmigung von Fahrplan-Veränderungen für Localzüge, falls dieselben auf den Lauf der über mehrere Bahnen durchgehenden Züge oder auf den Anschluß an Züge anderer Bahnen nicht von Einfluß sind und die Post-Verwaltung sich mit den Veränderungen einverstanden erklärt.

— Berlin, 24. Juni. [Das Reichseisenbahngesetz. — Petitionen. — Zum Militärstat.] Die mit großer Betonung verbreitete Angabe, daß der bekannte Entwurf eines Eisenbahngesetzes auf Weisung des Reichskanzleramtes gänzlich umgearbeitet werden sollte, ist bereits mit Recht von einem sehr gut informierten Blatte entschieden bestritten worden. Wir haben an dieser Stelle zuerst über diese Angelegenheit berichtet und können heute ergänzend hinzufügen, daß die, im Reichseisenbahnamt vor wenigen Wochen begonnenen Konferenzen der verschiedenen Commissare der Bundesstaaten über das Reichseisenbahngesetz keinen Schritt vorwärts kommen, weil die Commissare der einzelnen Staaten bei jedem Paragraphen Kompetenz-Bedenken erhoben und schließlich nichts übrig blieb als die Verhandlungen abzubrechen. Seitdem ist aber auch in der Angelegenheit gar nichts weiter geschehen, am wenigsten aber eine Weisung zur Zurückziehung oder Umarbeitung des Gesetzes ergangen. Eine solche hätte überhaupt nicht vom Reichskanzleramte aus zu erfolgen, sondern ausschließlich vom Reichskanzler, unter welchem das Reichseisenbahnamt direct steht. Die projectirte Revision des Gesetzentwurfs über die deutschen Eisenbahnen ist im Reichseisenbahnamt bereits im Gange. Von einzelnen diesem Entwurfe nicht eben geneigten Seiten werden Zweifel angeregt, ob das Gesetz bereits in der nächsten Reichstagsession erscheinen werde. Wir haben Grund, diese Zweifel nicht zu theilen. — Petitionen um Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots gehen dem Bundesrathe noch immer von verschiedenen Seiten zu. Gleichwohl hat sich der letztere positiv mit dieser Angelegenheit in neuester Zeit nicht beschäftigt. In der Praxis ist das Verbot eigentlich bereits aufgehoben. Alle Anfragen, ob in einzelnen Fällen die Ausfuhr erfolgen könne, sind bejahend beantwortet worden, doch läßt die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Verbots immerhin einen Druck auf den Handelszweig. Wohl nicht mit Unrecht sieht man in der jetzigen milden Praxis einen Vorläufer für die baldige Aufhebung des Verbots. — Bei der Beratung des Militär-Stats im Reichstage hat derselbe in seiner Resolution Schritte zu einer Reform des bisherigen Systems der Gewährung der Fourage-Rationen und Auskunft über die Ergebnisse dieser Schritte für den nächsten Reichstag gewünscht. Es war damals regierungsfällig dagegen geltend gemacht worden, daß die Annahme, als würde durch die, über die Zahl der unterhaltenen Pferde gewährten Rationen an Generale und nichtregimentäre Offiziere deren persönliches Einkommen erhöht, von falschen Voraussetzungen ausgehen und daß jene Rationen nur als geringer Beitrag zu den sonstigen Ausgaben für die Unterhaltung der Dienstpferde zu betrachten sei. Wie man hört, hat die Militärverwaltung in neuester Zeit Erhebungen angeordnet, um der Resolution des Reichstages zu entsprechen, zugleich aber auch den Nachweis der Richtigkeit ihrer Behauptung dadurch beizubringen. Es wird somit eine Uebersicht über den Kostenaufwand für Dienstpferde und gleichzeitig über den Umfang der Rationen gegeben werden, welche insbesondere Generale und nicht regimentäre Offiziere über die Zahl der von ihnen unterhaltenen Pferde empfangen.

[Proceß Arnim.] Das Urtheil in dem Proceß gegen den ehemaligen kaiserlich deutschen Votschaster in Paris, Grafen Harry von Arnim, wurde am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr von der zweiten Criminalabtheilung des Kammergerichts gesprochen. Dasselbe geht weit über den Spruch des Berliner Stadtgerichts hinaus und lautet auf Schuldig der Beiseiteziehung von dem Angeklagten in amtlicher Eigenschaft anvertrauten Urkunden und mit neun Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft als verbißt zu erachten ist; dagegen auf Nichtschuld der Unterdrückung und des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung. Die sehr ausführlich publicirten Gründe des Urtheils erstrecken sich zuvörderst auf den seitens der Verteidigung schon in der ersten Instanz erhobenen und in der Appellationsrechtferigung wiederholten Einrede der Incompetenz des Berliner Stadt-Gerichts.

Das Kammergericht verwirft diesen Einwand als unberechtigt. Die Competenz des Berliner Stadtgerichts begründet sich dadurch, daß der Angeklagte bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung bei seiner Verhaftung in Massenheide am 4. October v. J. die Einrede gegen das Forum derjenigen Gerichtsbehörde nicht erhob, welche die Einleitung des Verfahrens beschloß. Diese Behörde war aber das hiesige Stadtgericht. Der erste Richter habe sich für competent erachtet, weil erstens der Angeklagte nicht die Einrede der Incompetenz bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung erhob, wie Art. 5 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 vorschreibt, zweitens aber keine Rechtscontinuität zwischen dem Untersuchungsrichter und der erkennenden Gerichtsdeputation bestesse. Das erste Argument des ersten Richters sei unabweisbar richtig, das zweite nicht. Die Rechtscontinuität zwischen der Voruntersuchung und der Hauptverhandlung sei allerdings vorhanden und werde gerade durch Art. 5 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 anerkannt, weil dort ausdrücklich bestimmt werde, es könne in der Hauptverhandlung keine Rücksicht auf die Einrede der Incompetenz genommen werden, wenn dieselbe bei der ersten verantwortlichen Vernehmung in der Voruntersuchung veräußert wurde. Das aber habe der Angeklagte veräußert, denn das Protokoll der ersten verantwortlichen Vernehmung am 4. October in Massenheide enthalte einen solchen Vermerk nicht, und wenn er in der Hauptverhandlung den Einwand machte, er habe allerdings den Untersuchungsrichter darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht

glaube, unter der Jurisdiction des Berliner Stadtgerichts zu stehen, er sei von diesem aber bedeutet worden, alle diese Gründe seien bereits der Erwägung unterzogen, so sei darauf als nicht erwiesen kein Gewicht zu legen. Im Laufe der Voruntersuchung sei der Angeklagte wiederholt verantwortlich vernommen, haben auch selbstständig Anträge gestellt, und erst in der Eingabe vom 24. November werde die Competenz des hiesigen Gerichts angegriffen. Der Angeklagte habe sich mithin in dieser Beziehung seines Rechts begeben. Eine besondere Form der Einrede bei der ersten verantwortlichen Vernehmung sei zwar durch das Gesetz nicht vorgeschrieben, die ganze Fassung des Art. 5 weise aber darauf hin, daß dieselbe zu Protokoll erklärt werden müsse, und wenn der Angeklagte das Protokoll als richtig unterschrieb, obwohl nach seiner Meinung ein wichtiger Passus in demselben fehle, so habe er sich selber die Folgen zuzuschreiben; es erhele daraus aber auch, daß er selber damals nicht die Absicht hatte, den Incompetenz-Einwand zu erheben. Das Berliner Stadtgericht habe aber die Eröffnung der Unterdrückung beschloßen, und sie aus allen diesen Gründen als competentes Forum zu betrachten.

Die von der Verteidigung aufgestellte Annahme, daß dem Angeklagten in seiner Eigenschaft als Gesandter die Extraterritorialität zustehe, könne gleichfalls nicht als stichhaltig angesehen werden, denn jede in einem Votschafts-hotel verübte That falle unter die Gesetze des betreffenden Landes. Das in Rede stehende Vergehen sei also im Auslande begangen, und die Frage, welches preussische Gericht dem Thatorte am nächsten liege, werde hinwiegend durch den Umstand, daß der Angeklagte seinen persönlichen Gerichtsstand hier habe, —

Die seitens der Verteidigung erhobene Nichtigkeitsbeschwerde bezeichnen die Urteilsgründe gleichfalls als nicht zutreffend. Der erste Richter habe die Verletzung der kirchenpolitischen Actenstücke in nicht öffentlicher Sitzung allerdingens mit Gründen der öffentlichen Ordnung, nicht des öffentlichen Wohles motivirt, und wenn das Gesetz das letztere Motiv nur gelten lasse, so müsse doch andererseits anerkannt werden, daß eine Verletzung der öffentlichen Ordnung auch schon eine Gefährdung des öffentlichen Wohles involvire. Die zu Schriftstücke legen die Politik der Regierung in der kirchenpolitischen Frage dar; ihre vorzeitige Veröffentlichung könnte diese Politik und somit die Existenz des ganzen Deutschen Reiches in erheblicher Weise gefährden, und deshalb sei der Ausschluss der Öffentlichkeit bei ihrer Verlesung durchaus gerechtfertigt. Aus diesen Gründen sei auch in zweiter Instanz bei der Verlesung die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden und könne nicht zugegeben werden, daß darin ein Verstoß gegen Art. 31 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 liege, wie die Verteidigung behauptet. Die Verteidigung werfe ferner dem ersten Richter vor, er habe weit über die Anlage hinaus erkannt, indem er Zeit und Ort der That willkürlich fingirte. Zeit und Ort gehören aber zu den begleitenden tatsächlichen Umständen, welche sich der selbständigen Erwägung des erkennenden Richters selbst bann nicht entziehen, wenn sie die That selber schwerer erscheinen lassen, wie sie die Anlage hinwiegend. Der Richter habe immer das Recht, zur näheren Feststellung dieser begleitenden tatsächlichen Umstände eine Vertagung der Verhandlung eintreten zu lassen oder eine Verhandlung über einzelne Thatsachen anzuberaumen, woraus hervorgehe, daß er nicht an die Behauptungen der Anlage bezüglich des Ortes und der Zeit der That gebunden sei.

Auch die angeblich nicht vollständige Vernehmung des Zeugen Dr. Landsberg könne die Nichtigkeit des ersten Verfahrens nicht begründen, denn derselbe sei nur über die „Entstellungen“ in der Wiener „Presse“ als Zeuge vernommen worden, zu welchen der Angeklagte seiner Versicherung nach in keiner Beziehung stand. Dr. Landsberg habe bekundet, daß er die „Entstellungen“ der „Presse“ zugefand, auch zwei darauf bezügliche Briefe als von ihm herrührend anerkannt, aber die Nennung derjenigen Person verweigert, welche ihm die „Entstellungen“ zulegte. Die von Seiten der Ober-Staats-anwaltschaft wie der Verteidigung beantragte vollständige und erschöpfende Vernehmung des Dr. Landsberg habe der Appellrichter als thatsächlich unerblich abgelehnt, genau aus denselben Gründen wie der erste Richter wenn er auch nicht letzterem darin zustimmen, daß Dr. Landsberg von seiner Zeugnishaftung wegen angeblicher Gewerbsgeheimnisse zu entbinden sei. Technische Geheimnisse, wie das Gesetz allein sie im Auge habe, lägen hier nicht vor. Außerdem erscheine es bei der dem Angeklagten zur Last gelegten That ganz unerheblich, ob er um die Veröffentlichung der Entstellungen wußte oder nicht, da die Frage, ob der Angeklagte die aus Paris mitgenommenen Schriftstücke in gleicher Weise veröffentlicht wollte, gar nicht der Entscheidung des Richters unterliege.

Auf den materiellen Inhalt des ersten Erkenntnisses eingehend, stellen die Urteilsgründe fest, daß die in der Verhandlung zweiter Instanz verlesenen 13 Schriftstücke, welche die Anlage in der ersten Gruppe zusammenfaßt, vom Angeklagten gestrichen, von Paris mitgenommen sind, weil er sie ihres Inhaltes wegen nicht für geeignet hielt, sie dem neuen katholischen Votschaster ohne Weiteres zu hinterlassen. Hier habe er nach seiner Behauptung die sofortige Ablieferung verweigert. Der Gerichtshof hat erkannt, nicht dem ersten Richter darin beizutreten, daß die Möglichkeit der Annahme, daß Angeklagter bei der Mitnahme der Schriftstücke aus Paris in seinem Rechte zu sein glaube, nicht ausgeschlossen sei. Durch die beiden Briefe vom 11. März und 4. Mai 1872 habe Angeklagter herleiten wollen, daß er auch in Privat-briefen an den Reichskanzler die kirchenpolitischen Fragen erörtert, nicht vom Amtswegen, sondern weil er durch seine längere Thätigkeit in Rom gleichsam eine Sachverständigen-Qualität besessen habe und daß die Schriftstücke ad 1 nicht ins Votschaftshotel gehörten. Dies gehe zu weit, da der Inhalt ergebe, daß die Schriftstücke bezweckten, den Votschaster in den Stand zu setzen, im Sinne der deutschen Kirchenpolitik auf den damaligen Venter der französischen Politik einzuwirken. Die beiden Briefe seien als Beweismaterial mithin thatsächlich unerheblich. Trotzdem sei immerhin die Annahme gerechtfertigt, daß über den Charakter dieser Schriftstücke nur der Angeklagte selbst zu entscheiden sich berechtigt glaubte und die Mitnahme aus Paris erscheine daher durch die Natur der Dinge gerechtfertigt.

Strafbar dagegen stellte sich die Mitnahme derselben nach Karlsbad dar, deren Vorlesbarkeit der Angeklagte vergeblich zu bestreiten sich bemüht habe. Der Einwand, daß er dies aus Vergeßlichkeit gethan, erscheine nicht glaubhaft. Eine derartige Gedankenlosigkeit und Mangel an Ueberlegung gegenüber einer Streitsache, deren Bedeutung klar auf der Hand lag, könne man einen Diplomaten von der Bedeutung des Angeklagten ohne genügende Gründe doch nicht unterstellen. Denkbar sei es, daß erst, als nach seiner Ankunft in Berlin der sogenannte Conflict einen schärferen Character annahm, der Angeklagte zu dem Entschlusse gekommen wäre, die Schriftstücke nicht an das Auswärtige Amt auszuliefern. Durch die Mitnahme von Berlin nach Karlsbad wurden die Schriftstücke, die sich bis dahin wenigstens auf dem Wege nach dem Auswärtigen Amt befanden, nach einem ganz außer-halb ihres Bestimmungsortes liegenden Orte dirigirt und der Empfangs-berechtigte von ihrer Benutzung ausgeschlossen. Mit Recht habe der erste Richter darin den Thatbestand der Beiseiteziehung gefunden. Freilich verlange das Gesetz, daß dabei die Absicht einer dauernden Beiseiteziehung nachgewiesen sei. Die Thatsache, daß der Angeklagte von Karlsbad aus einige Schriftstücke zurückgeschickte, stehe der Absicht einer dauernden Beiseiteziehung nicht entgegen. Ueber den Zweck, den der Angeklagte bei seiner Manipulation im Auge gehabt, fehle jeder greifbare Anhalt, namentlich sei ihm die Absicht der Veröffentlichung nicht nachgewiesen. Wahrscheinlich sei es allerdings, daß der Zweck über die bloße Beiseiteziehung über die Entziehung von dem Auswärtigen Amt hinausgegangen sei, da doch die Concepte im Auswärtigen Amt vorhanden gewesen. Dagegen mußte es dem Auswärtigen Amt allerdings daran liegen, daß, nachdem der Conflict einmal entbrannt war, der Angeklagte nicht in der Lage blieb, die Politik der deutschen Regierung auf irgend eine Weise zu durchkreuzen, oder dem Gegner gegenüber für die Folge eine drohende Stellung zu behaupten. Trotzdem involvire der unbefugte Gebrauch einer Sache noch nicht den Thatbestand der strafbaren Zueignung und deshalb habe auch die zweite Instanz nicht den Thatbestand der Unterdrückung anerkennen können.

Das Urtheil geht sodann ausführlich auf die Begriffsbestimmung der „Urkunden“ ein und tritt dem ersten Richter darin bei, daß die 13 Schriftstücke ad 1), welche dem Votschaster einen urkundlichen Beweis von dem

Gänge der deutschen Reichspolitik herabbringen und die Ziele derselben klar zu legen bestimmt waren, ehe die Berichte des Angeklagten, welche die Reichsregierung über die Stellung bergewissern sollten, welche die französische Regierung den deutschen Plänen gegenüber einnehmen, als Urkunden zu betrachten seien. Daß diese Schriftstücke sich auf öffentlich und nicht auf Privatverhältnisse beziehen, andere an ihrem urkundlichen Charakter nichts. Diese Schriftstücke seien ihrem Inhalte nach recht eigentlich solche, welche der § 92, I. St.-G.-B. ansieht, weil sie die wichtigsten politischen Pläne vereiteln, Bündnisse und Verträge lösen und für die Geschicke ganzer Nationen von einschneidender Bedeutung werden können.

Eben so habe sich der Gerichtshof der Ansicht angeschlossen, daß der Angeklagte als er die Schriftstücke mit nach Karlsruhe nahm, immer noch Beamter des Deutschen Reiches war. Es sei deshalb thatsächlich als festgesetzt zu erachten, daß der Angeklagte als Beamter des Deutschen Reiches ihm anvertraute Schriftstücke vorsätzlich beiseitegeschafft habe und daß somit der § 148, II. in Anwendung kommen müsse.

In Betreff der ad 2 und 3 in der Anklage angeführten Schriftstücke fehle es dagegen an dem Nachweis des Dolus. Wenn sie auch politische Angelegenheiten verhandeln, so lasse sich doch wohl annehmen, daß die in einzelnen von ihnen enthaltenen scharfen Rügen den Angeklagten irrtümlich zu dem Glauben hätten veranlassen können, sie seien Privatbesitzthum. Auf die causlichen Randbemerkungen auf einzelnen Schriftstücken näher einzugehen, sei nicht erforderlich, da derartige Bemerkungen eine üble Gewohnheit vieler Beamten seien.

Die Behauptung des Angeklagten, daß er erst später ohne sein Wissen einzelne Documente in seinem Schreibstisch vorgefunden, finde ihre Bestätigung durch den Criminal-Inspicor Bid, durch den Grafen Weddell und werde auch durch die Kürzsichtigkeit des Angeklagten erklärt.

Die Charakteristik, welche die Staatsanwaltschaft von dem Angeklagten beigefügt, indem sie auf dessen publicistische Neigung recurrierte, stehe mit der Anklage in gar keinem Zusammenhange und der Gerichtshof habe einen darauf bezüglichen Beweisanspruch abgelehnt, da die Schuldfrage dadurch nicht tangirt werde. Ebenso sei die Anziehung von einem Vorfall aus den 50er Jahren, die damalige Beleidigung eines Schuhmannes als völlig unerheblich erachtet worden.

Da das Vergehen allein als in Berlin begangen anzusehen sei, so könne nur das deutsche Strafgesetzbuch in Anwendung kommen und der Gerichtshof habe deshalb die Heranziehung von Urtheilen französischer resp. Wiener Rechtsgelehrten abgelehnt. Bei der Abmessung der Strafe sei einerseits die Wichtigkeit der Papiere, und die hohe Stellung des Angeklagten in Betracht gezogen worden, andererseits aber der Umstand, daß Angeklagter einzelne Schriftstücke freiwillig ausgeliefert hätte und daß durch die strafbare Handlung ein wesentlicher Schaden nicht entstanden sei. — Aus allen diesen Gründen hat der Gerichtshof, wie oben im Tenor mitgetheilt, erkannt.

Kiel, 24. Juni. [Das amerikanische Geschwader.] bestehend aus der Fregatte „Franklin“ und der Corvette „Alaska“, ist heute 5 1/2 Uhr Morgens hier eingelaufen.

Köln, 22. Juni. [Zu dem Klosterkandal] bringt „West. Btg.“ folgende Mittheilung:

„Gegen den Polizeicommissar Klose ist die offizielle Anklage ursprünglich von dem Fürsten Fürstenberg zu Stammheim erhoben, bei welchem die Oberin des Klosters, eine Verwandte des Fürsten, den bekannten Vorfall schriftlich zur Anzeige gebracht hatte. Ueber Klose ist gegenwärtig die Disciplinaruntersuchung verhängt, welche der stellvertretende Polizeipräsident führt, und Erheiter ist in Folge dessen von seinem Amte suspendirt. Die unmittelbare Folge dieser Suspension ist, daß Klose während der Dauer derselben nur die Hälfte seines Gehalts bezieht. Klose soll an dem betreffenden Abende, als er das Kloster revidirte, welches er folgenden Tages an einen anderen Polizeicommissar zu übergeben hatte, weils dessen Bezirk zugelegt werden sollte, angelangt gewesen sein. Man nimmt hier an, daß Klose außer einer empfindlichen Disciplinarstrafe eine Strafverurteilung zu erwarten hat, wenn nicht selbst seine Dienstentlassung erfolgt. Die Untersuchung soll auf Entlassung nach dem Amte gerichtet sein.“

Hochst, 22. Juni. [Conferenz.] Der „R. B.-Btg.“ berichtet man: „Hier traten die Mitglieder des Clerus aus dem Maingau zusammen und beschloßen in einer freien Konferenz mit Einhelligkeit, daß die nicht gesperrten Confratres zu Gunsten der Gesperrten so lange sich mit 5 pCt. ihres jährlichen Einkommens freiwillig besteuern, bis entweder sie selbst auch gesperrt sind, oder die Sperrung der Anderen aufhört.“

Stuttgart, 23. Juni. [In der vielbesprochenen Preßprozeßsache gegen den bekannten Schriftsteller Gustav Rasch] wegen seines vom Braunschweiger Kreisgericht mit Beschlag belegten Buches: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ ist nun endlich vom Stuttgarter Amtsgericht der Hauptentlastungszeuge des Angeklagten, Herr Carl Dürand, vernommen worden. Der Reisegehilfe des Herrn Rasch auf der politischen Forschungsreise in „den neuen Reichslanden“ hat sämtliche incriminirte Schilderungen der Zustände in Elsaß und Lothringen Wort für Wort „als von ihm selbst gehört und gesehen“ eidlich bestätigt. Damit dürfte das Schicksal dieses Prozeßes durch Freisprechung des Angeklagten und durch Freigabe des Buches nun wohl entschieden sein. Der Angeklagte hat nun ein neues, höchst wichtiges Document dem Kreisgericht in Braunschweig eingereicht, nämlich eine sich auf die stattgehabte Zeugenvernehmung des Fürsten Bismarck beziehende Erklärung des Mülhausener Fabrikanten Jean Dollfus, worin derselbe sich über die den elässischen Abgeordneten im Jahre 1871 gemachten Versprechungen Bismarck's äußert und sämtliche Behauptungen des Angeklagten bestätigt. In dieser Erklärung heißt es unter Anderem:

„Je répète mot par mot les paroles du chancelier: — „J'ai voulu faire ce que vous demandez; je désirais faire de Mulhouse et d'une partie de son rayon industriel un petit état, qui aurait pu être allié à la Suisse; mais je n'ai pu y parvenir et puis plus y songer maintenant; mais je vous promets de changer le moins possible les institutions, que vous avez, vous pourrez vous regarder comme une république se gouvernant elle-même.“

(Ich wiederhole hier die Worte des Kanzlers Wort für Wort: — „Was Sie verlangen, wollte ich thun; ich hätte gern aus Mülhausen und einem Theile seiner gewerbreichen Umgebung einen kleinen Staat gebildet, der sich mit der Schweiz hätte verbinden können; aber es gelang mir nicht und jetzt darf ich nicht mehr daran denken; indes verspreche ich Ihnen, möglichst wenig an Ihren Institutionen zu ändern. Sie können sich als eine Republik betrachten, die sich selbst regiert.)

Italien.

Rom, 21. Juni. [Die „Bolla di composizione“ in Sicilien.] Die „Correspondenz Benedetti“ schreibt: Die clericalen Zeitungen Siciliens werfen die Verantwortlichkeit für die schlechte Erziehung des armen Volkes in Sicilien, die ihnen von den Liberalen und vom Abg. Tajani selbst in seiner Parlamentsrede zur Last gelegt wird, zurück. Sie leugnen geradezu die Existenz der verhängten „Bolla di composizione“ (Compositionsbulle). Worin bestand diese Bulle? Der Abgeordnete Tajani erklärte es mit folgenden Worten, die wir genau seiner Rede entnehmen: „Es war eine Vollmacht, die die römische Curie allen sicilianischen Bischöflichen gab, mit denen ein Abkommen zu treffen, welche Verbrechen jeder Art begangen hatten, und dieses Abkommen fand durch klingende Münze statt. Es präsentirte sich ein Dieb und sagte: Ich habe 1000 Frs. gestohlen, ich habe sie verbraucht und kann sie nicht zurückstellen. Daß thut nichts, antwortete der Bischof, du hast doch einen Theil für die Kirche zurückgelegt? So wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die römische Curie die Vollmacht gab, ihm die Absolution zu ertheilen. Für jedes Verbrechen war eine entsprechende Summe festgesetzt. Ein Mörder erhielt für 10 Unzen (127 Frs.) Absolution; der Preis wurde um etwas erhöht, wenn der Getödtete ein Preusse war. In der nämlichen Weise, sagt Tajani, machen es die Mörder mit ihren Opfern. Sie sagen zu Dem, der in ihre Hände fiel: „Wir können dich tödten, gib uns so und so viel, so setzen wir dich in Freiheit.“ Die Transaction mit der Curie heißt „Compositio“, die Transaction mit den Schlägtopfern heißt ähnlich: „Compromenda.“ Wir geben den unversürzten Text der Bulle:

Die heiligen Apostel Peter und Paul.
MDCCLXXI
Summarium der Compositionsbulle für die, welche die Güter unbekannter Eigentümer zurückerstatten müssen

von der Heiligkeit unseres Herrn Oberpriesters Pius IX. für das Jahr 1866.
„Wer einen Dingen oder ein Schaf gestohlen hat, sei es, daß er es tödtete oder verkaufte, wird fünf Dingen oder vier Schafe zu Strafe seines Verbrechens zurückerstatten. (Cicero 22. VI.). Deshalb sagte Zachäus zum Heiland: „Ich werde die Hälfte meiner Güter den Armen geben, und wenn ich Andere betrogen haben werde, werde ich es vierfach vergüten.“ — Aber können alle die, welche unrechtmäßig fremdes Gut besitzen, so großmüthig sein?
Oder auch nur den Schaden ersetzen? Und doch kann der keine Hoffnung auf ein ewiges Heil haben, der um jeden Preis behalten will, was ihm nicht rechtmäßig gehört. Wenn man deshalb zwar gewiß ist, fremdes Gut zu besitzen, und auch den guten Willen hat, es zurückzugeben, jedoch den Gläubiger nicht kennt, und alle Wege umsonst versucht hat, ihn ausfindig zu machen, so gewährt auch der gemeinsame Vater der Getreuen durch die gegenwärtige Bulle ein leichteres Mittel, eure Schuld abzutragen, indem er es euch zu eurem ewigen Heil empfiehlt und dadurch die Strenge einer gerechten Vergeltung mildert. . . . Dativ zu Palermo, den 16. October 1865.

Wir obengenannter apostolischer Generalcommissar des heil. Kreuzes, erklären, vermöge der uns von Sr. Heiligkeit eingeräumten Vollmacht, die Schulden (deren wahrer und legitimer Eigentümer trotz aller Nachforschungen nicht ermittelt werden kann) zu schätzen, zu mildern, zu beurtheilen und zu berichtigen, sowie das zu vermitteln, was in den Vermittelungen, die durch unsere Autorität gemacht werden, der heil. Stuhl anstrebt, welcher auf das Heil und die Erlösung der Seelen ausgeht, wir erklären, daß jede Person, welche diese Bulle nimmt und 2 Tari (1 Tari ungefähr = 2 Gr.) 12 Grana (1 Grana = 3 Pi.) und 3 Picci (Picci) giebt, welche zu frommen Zwecken, sei es der Religion, sei es des Gottesdienstes, verwendet werden in foro conscientiae tantum (vor dem Forum des Gewissens) Verzeihung erhalten soll; den ganzen Rest, den Jemand ungewissen Eigentümer schuldet, bis zur Summe von 77 Tari und 4 Grana, d. h. 6 Scudi, 5 Tari und 4 Grana für jede Bulle, die sie nehmen wird, ist er nicht verpflichtet, anderweitig zu ersetzen, sondern kann sie mit gutem Gewissen behalten und besitzen, indem er sie als rechtmäßig erworbenes Eigentum betrachtet; und wenn die zu ordnende Summe und Quantität die genannten 77 Tari und 4 Grana übersteigen sollte, so erklären wir vermöge der nämlichen uns übertragenen Vollmacht, daß, so oft er diese heilige Bulle nimmt und das Almosen der obengenannten 2 Tari, 12 Grana und 3 Picci giebt, eben so oft eine Summe von 77 Tari und 4 Grana geordnet werden solle, bis zur Summe und Quantität von 3860 Tari, d. h. 321 Scudi und 8 Tari, der Scudo zu 12 Tari und nicht mehr; wird diese Summe überschritten, dann muß man zu uns kommen oder schicken, damit wir, entsprechend der Weisung, die wir erhalten werden, eine entsprechende Composition dafür angeben, mit der Verbindung jedoch, daß diese Schuldner sich nicht fremdes Gut angeeignet haben in der Hoffnung und im Vertrauen, sich dafür rechtfertigen (comparsi) zu können. — Und weil Sie hier, scheint es, wurde der Name des Befreien (eingesetzt) 2 Tari, 12 Grana und 3 Picci geben, welches die von uns, kraft der obengenannten, zu diesem Ende übertragenen apostolischen Vollmacht und Befugnis, taxirte und festgesetzte Summe ist, so sind Sie von den ungewissen Institutionen befreit, die Sie bis zur Quantität der obengenannten 77 Tari und 4 Grana machen sollten; diese 2 Tari, 12 Grana und 3 Picci des bezeichneten Almosen wenden wir, gemäß der Bulle Sr. Heiligkeit für die genannten Ausgaben an und wir befehlen, daß Sie diese Bulle entgegennehmen und Ihren Namen darin einschreiben, sonst werden Sie der Composition nicht theilhaftig, die auch durch dieselbe gegeben wird. — Wir befehlen, daß diese Bulle mit unserem Namen gedruckt und unterzeichnet und mit unserem Siegel gesiegelt werde.

Die Fälle, in denen die Composition stattfindet und in denen kraft dieser Bulle diejenigen sich rechtfertigen können, welche sie nehmen und das genannte Almosen geben, sind folgende:

- 1) Kann man sich damit rechtfertigen, für schlecht erworbenes oder genommenes Gut durch unerlaubten Gewinn, Wucher oder irgend eine andere Weise, wenn es nicht feststeht, wer die Eigentümer seien, denen es rechtmäßig zurückzuführen wäre und die Bemühungen zu diesem Zwecke zu nichts führten.
- 2) Ferner kann man sich wegen der Einkünfte der kirchlichen Benefizien und Renten, die man rechtmäßig empfangen hat, ohne die Horee gesungen zu haben, ausgenommen jene Benefizien, die mit Seelsohren verbunden sind, und jene, welche zu persönlicher Residenz verpflichtet. Wer sich in einem solchen Falle componiren (rechtfertigen) will, muß außerdem 2 Tari, 12 Grana und 3 Picci, die er als Almosen zur Composition der obengenannten 77 Tari und 4 Grana geben muß, noch andere 2 Tari, 12 Grana und 3 Picci von seinem Benefiz entrichten für die Bauhütte der Kirche, in welcher jenes Benefiz gegründet ist.
- 3) Ferner kann man sich wegen Legaten, die vorher oder während der Verkündigung dieser Bulle gemacht wurden, componiren (rechtfertigen), wenn die Legate nach den nöthigen Bemühungen nicht ausgehandelt werden konnten.
- 4) Ferner, wenn irgend ein gewöhnlicher Richter, Delegirter oder Assessor Geld oder einen anderen Werthgegenstand erhalten hat, um ein ungerechtes Urtheil auszusprechen oder um den Urtheilsspruch zum Schaden einer Partei zu verzögern, oder um irgend eine Belastung oder etwas anderes, das er nicht durfte, aufzuerlegen, in einem solchen Falle kann und muß er sich für das, was er auf solche Weise empfangen hat, componiren, indem er jedoch verpflichtet bleibt, die Partei zu entschädigen, der er die Belastung auferlegte.
- 5) Ferner, wenn unter Mitwissen, seines Klienten irgend ein Advocat eine gewisse Summe erhalten hat, um eine ungerechte Sache zu verteidigen, so kann er sich für den unerlaubten Gewinn componiren, indem er jedoch immer verpflichtet bleibt, die benachtheiligte Person zu entschädigen.
- 6) Ferner kann ein Zeuge, der für ein falsches Zeugnis, oder ein Fälscher, oder ein Kläger, der für eine falsche oder eine unterlassene Anklage Geld empfangen hat, sich dafür componiren, doch muß er zugleich der beschädigten Partei Genugthuung geben.
- 7) Ferner können die Beamten, Schreiber oder Secretäre, welche dafür, daß sie in ihrem Amte etwas Unrechtes thaten und dafür Geld empfangen, sich dafür componiren; doch müssen sie den Personen Genugthuung leisten, denen sie Schaden zugefügt haben.
- 8) Ferner können alle weltlichen und geistlichen für weltliche Prozesse sich componiren, wenn sie, um den Parteien das Recht zu sprechen, wozu sie durch ihr Amt verpflichtet waren, nichtsdessenweniger Geld oder Anderes dafür empfangen haben.
- 9) Ferner können sich die Schreiber, Notare, Secretäre und Gerichtsbeamten componiren, wenn sie übermäßige Gebühren gegen die ihnen vorgeschriebenen Gesetze und Verordnungen empfangen hatten, und die Personen nicht kennen, denen sie das Geld zurück zu erstatten haben. (Schluß folgt.)

Spanien.

Madrid, im Juni. [Die Verfassungsarbeiten. — Der Clerus.] Die Verfassungsarbeiten der Reuner-Commission rücken nicht von der Stelle. Wie seiner Zeit mitgetheilt, hatte die von der Regierung — weil sie nach irgend einem Hakt suchte — unter der Hand unterstützte Reunion im Senatssaale von ungefähr 200 Moderados, 100 Alt-Unionisten und 50 Constitutionellen eine Actions-Commission von 39 Mitgliedern, die drei genannten Parteifractionen zu gleichen Theilen repräsentirend, gewählt und diese Commission hat wieder ihre Arbeit einer Sub-Commission von neun Männern übertragen, von welchen drei den Moderados, drei den Alt-Unionisten und drei jenen Sagaslinern angehören, die sich von ihrem früheren Chef losgesagt haben, um schneller an der großen Tafel des Staatsbudgets einen Platz und ein Convent einzunehmen. Des richtigen Verständnisses wegen müssen wir hinzufügen, daß unter den Alt-Unionisten jene Unionisten verstanden sind, welche — ebenso wie Canovas del Castillo, der gegenwärtige Ministerpräsident — die Revolution von 1868 niemals anerkannt, das heißt, während derselben kein Amt angenommen und sich — wenn dies ohne Gefahr geschehen konnte — in Wort und Schrift gegen diese Revolution ausgesprochen, daher als pure politische Märtyrer ebenso viel Anspruch auf reichliche Staatsentschädigungen haben, wie die Moderados. Die nächste Aufgabe der Reuner-Commission war, Projekte für eine neue Constitution und für ein neues Wahlgesetz vorzuschlagen. Rückfichtlich des Constitutionsentwurfes hat ein jedes der obgedachten drei Triumvirate Berathungen mit seinen Parteigenossen gepflogen, in Folge deren sich bei Beginn

der Reuner-Session zwei Hauptströmungen ergaben. Die Moderados proponirten (wie es heißt unter geheimer Billigung des Minister-Präsidenten) die Constitution von 1845 — ein von Narvaez den damaligen Cortes entziffenes Machwerk — wie sie hinzusetzen, als Basis, welche in liberalerem Sinne modificirt werden könnte. Die Constitutionellen dagegen empfahlen als Grundlage die Constitution von 1869, welche in reactionärem Sinne umgearbeitet werden mußte. Da man sich hierüber nicht einigen konnte, so wurde beschloßen, von allen früheren spanischen Constitutionen abzusehen und mit Rücksicht auf die Constitution von Portugal, Belgien und Italien einen dermaßen elastischen Entwurf zu vereinbaren, daß darin alle monarchischen Parteien, vom Moderado bis zum monarchischen Radicalen, Raum finden könnten, und wegen dieser allerdings schwierigen Arbeit wird fortan die Reuner-Sub-Commission dreimal wöchentlich zusammentreten. In Bezug auf das neue Wahlgesetz ist bisher das allgemeine Stimmrecht für die nächsten Cortes noch nicht verworfen, obgleich die drei Moderados auf die Unerlässlichkeit von Einschränkungen hinwiesen.

Der spanische Clerus tyrannisiert und betrügt die alfonsinische Regierung. Unter unmittelbarer Leitung des päpstlichen Nuntius Simeoni verlangt er unverhohlen von der Regierung den entschiedensten Rückschritt auf der ganzen Linie. Erstlich die „Wiederherstellung der katholischen Einheit“, das heißt die Aufhebung der Glaubens- und Cultusfreiheit, welche in der Constitution von 1859 von den Cortes feierlich votirt wurde. Der relativ liberalere Theil des Ministeriums, mit seinem Präsidenten Canovas del Castillo an der Spitze, der wieder durch seinen Freund, den Duque de Sesto auf den König wirkt, hat das Auskunftsmitel aller Unentschlossenen ergriffen und seine Entscheidung verlagert, indem er leziere der von der nächsten Cortes zu vollziehenden neuen Constitution überlassen zu müssen erklärte. Weiter ist der Clerus in seinen Geldforderungen an den Staat unerfättlich. Nicht genug, daß diese Regierung das vor-revolutionäre Clerusbudget von 1868 wiederhergestellt hat und auch mit Bevorzugung gegen viele andere Staatslasten pünktlich leistet — nicht genug, daß die Regierung die Rückstände principiell anerkennt, welche die Revolution, von der Basis der Trennung von Kirche und Staat ausgehend, zurückgelassen hat, und hierin sogar namhafte Entschädigungen für inzwischen in Privathand übergegangene kirchliche Kirchen und andere als Kirchengut reklimirte Objekte einbegreift und für diese Rückstände und Entschädigungen ein eigenes verzinsliches und amortisierbares Staatspapier creiren und den Interessenten überlassen will, lehnt der Clerus durch den Nuntius diesen Ausgleichsmodus entschieden ab und verlangt, ohne Rücksicht auf die Lage der öffentlichen Finanzen, Geld baars Geld, theils um es zu haben, theils — wie allgemein als ausgemachte Sache gilt — um es dem Prätexten zu senden. Daher kommt es, daß in den Kirchen das Gebet für den König unter Nennung seines Namens noch immer nicht gesprochen wird und daß die Hirtenbriefe zu Gunsten der Monarchie Alfonso's XII., um deren Erlassung die Regierung sich an den Episcopat gewendet, noch immer nicht erlassen sind. Rom, der päpstliche Legat und der spanische Episcopat wollen eine Regierung nicht, die nur einen Schimmer von Liberalismus bewahren will, sie wollen in Spanien ausschließlich einem theocratish-absoluten Regime die Hand reichen.

Wiana, 18. Juni. [Austausch von Kriegsgefangenen.] Auf einer kleinen Ebene bei Wiana, welche zu dem Zwecke für neutral erklärt worden war, ist am 16. Juni der verabredete Austausch von Kriegsgefangenen vollzogen worden, nachdem erst eine Reihe von Schwierigkeiten beseitigt worden, welche der Carlisingeneral Mendiz dem von seinen Landsteuten Goticohea, Goya und Treles eingeleiteten Werke in den Weg gelegt hatte, um allerlei Nebenzwecke zu erzielen. Der junge Mendiz, Oberst, brachte die gefangenen Alphonisten von los Arcos nach Wiana; aus Logronno kamen die Vertreter der Madrider Regierung. Die Begleitungsmannschaften ließ jede der beiden Parteien draußen; die Einen nördlich, die Anderen südlich von Wiana, wobei zu bemerken war, daß die Carlisten sich gleich in Schlachordnung formirten. Ein Berichterstatter der „Independencia“ giebt folgendes Bild von den Vorgängen: „Eine große Volksmenge füllte die engen Straßen der kleinen Stadt, viele carlistische Soldaten betrachteten neugierig die Fremden, die aus Logronno und den benachbarten Dörfern herbeigekommen waren. Eine große Anzahl von carlistischen Offizieren und fast eben so viele Geistliche waren gekommen, um dem Austausch beizuwohnen. Die Bevölkerung ließ deutlich merken, daß sie wenig Sympathie für die „guirris“ hegte. Die Weiber besonders gaben ihrer Feindseligkeit offenen Ausdruck. Ein carlistischer Offizier sagte laut genug, um verstanden zu werden: „Wenn man es mir überließe, so würde ich mit diesen nichtsnutzigen fremden Correspondenten kurze Rechnung machen.“ Wir hüteten uns wohl, diese Worte anzunehmen, da die Ermordung des Hauptmanns Schmidt uns hinreichend belehrt hat, wie die Carlisten ihre Rechnung machen. Was uns am meisten aufgefallen ist, war das Vertrauen, welches die Carlisten zu ihrer Sache haben. Ihre Infanterie scheint gut disciplinirt; sie manövriert mit bemerkenswerther Präcision und ist gut gekleidet und bewaffnet. Ihre Lanzenreiter hingegen sahen weniger gut aus, und um das Lager irrieben sich einige Figuren von Guerrilleros herum, die zu bebauern schienen, keinen Handreich machen zu dürfen. Die alphonistischen Gefangenen wurden uns in einem jämmerlichen Zustande übergeben. Ihre Kleider waren schmutzig und zerlummt, ihre abgemagerten Gesichter und ihre müde Haltung zeigten deutlich, was sie in der Gefangenschaft ausgestanden hatten. Sie erhielten keine anderen Nahrungsmittel als Bohnen und Haferbrot, niemals Fleisch. Man hat ihnen nicht nur ihre Uniformen genommen, sondern auch ihre Wäsche; sie haben uns erzählt, daß die carlistischen Offiziere oftmals Mühe gehabt haben, sie vor den Gewaltthatigkeiten der Freiwilligen und der Weiber zu schützen. Alle Welt war peinlich berührt bei dem Anblick dieser armen Leute. Die vierzehn Offiziere waren so sehr von Allem entblößt, daß der Marschall Espartero ihnen bei ihrer Ankunft in Logronno Geldunterstützung geben mußte. Es war schon Nacht, als die Colonne in die Stadt einrückte; die Menge umdrängte die Gefangenen und bot ihnen zu trinken und zu essen an. Die Regimentsmusik, die Civil- und Militärbehörden und vieles Volk begleitete sie nach dem Palaste Espartero's. Jeder mußte den Unterschied bemerken zwischen den carlistischen Gefangenen und denen, die man dem Oberst Lules übergab. Selbst die von Cuba zurückgekehrten Gefangenen sahen gut aus im Vergleich mit den zu Pinar gefangenen genommenen Carabinieren und Soldaten. Wir sehen jetzt einer baldigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten entgegen. Der General Dufada hat den Austausch nur abgewartet, um dann sofort die Nordarmee wieder in Bewegung zu setzen. Schon heute Abend wird das zweite Corps den Berg Esquina verlassen; die Bestimmung, wohin, ist noch unbekannt. Die Garnisonen in den Forts der Argentinie haben Lebensmittel für drei Monate.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 22. Juni. [Parlamentsverhandlungen vom 21. Juni.] Im Oberhause gab die seit einigen Tagen in den Zeitungen viel discutirte Abicht der beiden amerikanischen „Glaubenswörter“ Moody und Sankey, eine Serie von Predigten vor den Zuhörern der Hochschule in Eton zu halten, Anlaß zu einer etwas lebhaften Debatte. Der Marquis

von Rath verlangte zu wissen, ob der Verwaltungsrath der Hochschule Pro-
fessoren gegen das Vorhaben der amerikanischen Evangelisten erhoben habe. Er
sprach die Befürchtung aus, daß die Schuldisziplin sowie die Studien und
religiösen Gefühle der Schüler unter den sensationellen Predigten dieser
Rebellen leiden würden. Lord Overstone protestirte ebenfalls gegen
das Stattfinden der beabsichtigten religiösen Meetings, worauf Lord Lyt-
teton, einer der Gouverneure der Anstalt, erklärte, daß der Verwaltungsrath
die Angelegenheit in reifliche Erwägung ziehen würde. Demnach leitete
Lord Hennifer die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Heimathsgesetz.
Im Hinblick darauf, daß dasselbe besonders drückend auf die ärmeren Klassen
wirke, empfahl er dessen Aufhebung. Der Herzog von Richmond erklärte
Namens der Regierung eine gänzliche Aufhebung des Gesetzes nicht für
zweckmäßig, da, wie er meinte, die Zeit dafür noch nicht erschienen sei. Im
weiteren Verlaufe der Sitzung wurden mehrere Vorlagen um ein Stadium
gefordert.

Im Unterhause kündigte bald nach dem Beginn der Verhandlungen
Mr. Bute-Johnson an, er werde in Kürze dem Unterstaatssecretär
für auswärtige Angelegenheiten interpelliren, ob die Aufmerksamkeit des aus-
wärtigen Amtes auf gewisse demnächstige Angaben in der öffentlichen
Presse über die politische Lage Griechenlands gelenkt worden sei,
und ob die Staatsregierung bereit sei, dem Parlament irgend welche amt-
liche Mittheilungen über den Gegenstand zu machen. In Erwiderung auf
eine Interpellation Sir Charles Dikes bezüglich der russischen wissen-
schaftlichen Expedition nach Sibirien erklärte der Unterstaatssecretär für aus-
wärtige Angelegenheiten, daß die einzige Information, die im auswärtigen
Amte über die Expedition einliefe, in einem Auszuge aus der „Turkistan
Gazette“ enthalten war, der, wie er glaube, dem Hause ohne eine Karte nicht
verständlich sein werde. Er würde indeß Maßregeln ergreifen, daß eine
solche veröffentlicht werde. Er hätte nichts davon gehört, daß die Expedition
von einer militärischen Escorte begleitet sein würde, aber wenn eine der-
artige Expedition sich nach einem verhältnismäßig unbekannten Lande begeben
sei, es wahrscheinlich, daß sie eine militärische Escorte erhalte. Mr. Richard,
der sich erkundigte, ob dem Hause die Correspondenz betreffs der Differenzen
zwischen der indischen Regierung und dem König von Birma vorgelegt
werden würde, erhielt vom Unterstaatssecretär für Indien den Bescheid, daß
Sir Douglas Forsyth sich im Auftrage der indischen Regierung nach Man-
delay begeben habe, um eine freundschaftliche Schlichtung dieser Differenzen
zu erleichtern, daß aber nichts mehr diesen Zweck vereiteln könnte, als die
Veröffentlichung der besonderen Instructionen, nach welchen zu handeln Sir
Douglas Befehle habe. Das Haus trat alsdann wieder in die Comité-
Berathung des neuen Handels-Schiffahrtsgesetzes.

[Conclache der Conservativen.] Das gestern im Auswärtigen
Amt stattgefundene Conclache der conservativen Unterhausmit-
glieder hatte nicht, wie es anfänglich hieß, die Verapackung darüber, welche
Gesetzesvorlagen fallen gelassen werden können, sondern die Erwägung der Re-
gierungsvorlage zur Reform des Pachtwesens (Agricultural Holdings-
Bill) zum Zweck. Dem Vernehmen nach wird die Bill mit einigen Modifi-
cationen die Unterstützung der gesammten conservativen Partei finden, und
jede Anstrengung wird gemacht werden, um sie in dieser Session zu passiren.
Wie der „Standard“ erzählt, wird die Regierung vorschlagen, zum Ma-
schabe der Schadloshaltung der Pächter die Summe zu machen, die er für Ver-
besserungen herausgibt hat, daß aber diese Summe in keinem Falle den ca-
pitalistischen Werth des erhöhten Pachtzinses übersteigen soll.

[Der Sultan von Zanzibar] begab sich gestern nach Windsor, um
der Königin vorgestellt zu werden. In seiner Begleitung befanden sich Lord
Derby, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sir Basil Frere,
die hauptsächlichsten Mitglieder seines Gefolges, Dr. Badger, Dr. Kirk und Mr.
Clement Hill vom Auswärtigen Amt. Auf dem Perron des Bahnhofes in
Windsor wurde der Sultan von Oberst Gardiner als Repräsentant der Königin,
dem Bürgermeister und mehreren Mitgliedern der Corporation von Windsor
empfangen. Se. Hoheit wurde durch das königliche Wartezimmer
nach einer der Hofequipagen geleitet, und als er seinen Sitz einnahm, prä-
sentirte die vor dem Wartezimmer aufgestellte Ehrenwache das Gewehr. Im
Schloße, das der Sultan durch den Monarchen-Eingang betrat, wurde er
ebenfalls mit militärischen Ehren empfangen. Die Königin, begleitet von den
Prinzessinnen Louise und Beatrice sowie ihrem Hofstaate, empfing den afri-
kanischen Herrscher im Corridor und geleitete ihn nach dem weißen Salon,
wo er ihr von Lord Derby in aller Form vorgestellt wurde. Nach einer
kurzen Unterhaltung mit Ihrer Majestät nahm er die Sebenswürdigkeiten
des Schloßes und Windsor's in Augenschein und lebte hierauf nach London
zurück. Am Abend besuchte der Sultan die italienische Oper im Drury-lane
Theater (Her Majesty's Opera), wo auf seinen besonderen Wunsch „Cohen-
grin“ gegeben wurde. Er kam erst nach dem Ende des 2. Aktes, aber den
Gang der übrigen Oper verfolgte er mit großer Aufmerksamkeit und schien
besonders Gefallen an der prächtigen Scenographie des 2. Aktes zu finden.

Bazaine hat sich in dem englischen Baderie Ramsgate niedergelassen.
Am Sonntag wohnte der Ex-Marschall dem Morgengottesdienst in der römisch-
katholischen Augustinerkirche dieser Stadt an.
Dr. Schleimann ist in London angekommen und wird am 24. ds. im
Alterthumsforschenden Verein eine Vorlesung über seine Entdeckungen in Troja
halten.

Provincial-Beitung.

Breslau, 22. Juni. [Verpackung von Postsendungen.] Von der
obersten Postbehörde ist zwar durch öffentliche Bekanntmachungen wiederholt
darauf hingewiesen worden, in welcher Weise die zur Beförderung mit den
Posten bestimmten Paketen verpackt und bezeichnet sein müssen; gleichwohl
werden an den Schaffstellen der Postanstalten täglich zahlreiche Sendungen
zur Annahme vorgelegt, welche sich bei näherer Prüfung der Verpackung
und Bezeichnung als zur Verwendung mit der Post ungeeignet erweisen und
den Einschließern zurückgegeben werden müssen. Es kann daher namentlich
in Rücksicht auf die Weiterungen und Nachteile, welche den Abnehmern und
unter Umständen auch den Empfängern aus der Zurückweisung von Pake-
ten nicht selten erwachsen, nicht oft genug auf die Nothwendigkeit hinge-
wiesen werden, bei Verpackungen durch die Post die Pakete fest und
dauerhaft zu verpacken und auf denselben die Bezeichnung des Empfängers,
sowie des Bestimmungsortes deutlich und haltbar anzubringen.
Cigarrenten, leicht zerbrechliche Holzschachteln, schwache Cartons, einfache
Umhüllungen von dünnem, sprödem Papier oder Leder, leicht brechender
Papier sind als ungenügendes Packmaterial anzusehen und bieten dem
Abnehmer keine Sicherheit für die richtige und vollständige Ueberkunft seiner
Senden. — Was die Bezeichnung (Signatur) derselben betrifft, so muß die-
selbe deutlich und auch bei Lampenlicht lesbar und insbesondere hinsichtlich
des Bestimmungsortes in die Augen fallend auf dem Paket selbst oder
auf einer haltbar daran befestigten Etiquette niedergeschrieben sein.
— Ist die Bezeichnung unleserlich, oder geht die Etiquette durch Abstreifen,
Zerreißen oder Zerbrechen während der Beförderung verloren, so kann
das betreffende Stück den Bestimmungen: nicht rechtzeitig erreichen. —
Etiquetten von leichtem Papier den Paketen anzubinden oder aufzukleben,
genügt nicht, ebenso ist es ganz ungenügend, Papier-Etiquetten den
in glattes Material, wie Wachleinwand, Glaspapier u. verpackten Stücken
anzukleben; von solchem Material lösen sich aufgeklebte Etiquetten sehr
leicht ab, die Sendungen bleiben dann ohne jedes Kennzeichen und sind un-
anbringlich. Am besten ist es, die Signatur auf das Paket selbst
zu schreiben; deshalb ist die mit einer gewissen Vorliebe benutzte schwarze
Wachleinwand sehr ungeeignet; weit mehr empfiehlt sich graues oder
gelbes Wachleinwand.

Zum Schluß wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß Verluste, Ver-
schädigungen oder Verzögerungen, welche durch ungenügende Verpackung oder
Bezeichnung entstehen, die Postbehörde nach den Bestimmungen der Postor-
dnung auch dann nicht zu vertreten hat, wenn die Annahme eines solchen
mangelhaften beschaffenen Pakets zur Postbeförderung ohne Anstand erfolgt ist.

* Die „Schles. Volkszeitung“ theilt mit, daß Weltpriester Klazka,
nicht Kula, wie früher irrthümlich gesagt worden, heute den Militär-
rath ausgehen hat. Es war dies bekanntlich jener Geistliche, der zu einer
14tägigen Leihung mit dem Mauergeräth eingezogen worden war.
[Ein Wackerlaß.] Nachdem von hoher Stelle ein diesbezüglicher Be-
fehl ergangen, sind, wie die „Ostpreussische Zeitung“ hört, für das 5. und
6. Armee-corp's Corpsbefehle erlassen worden, daß bei dem großen Königs-
manöver in Schlesien der „alte preussische Vortritt“ zu tragen sei.

—ch. Görlitz, 23. Juni. [Benziger Glasbütten=Actiengesellschaft.] Die heutige Generalversammlung der Actionäre Benziger
Glasbütten ertheilte dem Aufsichtsrathe und der Direction auf Grund des
Revisionsberichts Decharge und erklärte sich einstimmig — mit 186 Stim-
men — mit der vom Aufsichtsrath vorgeschlagenen Vertheilung des
Reingewinns einverstanden. Der Reingewinn beträgt nach dem Gewinn-
und Verlustkonto bei einem Gewinnvortrag von 8923 Mt. vom Vorjahre,
1034 Mt. Niehertrag und 169,797 Mt. Bruttoertrag aus Baarenkonto
nach Amortisation in Höhe von 4894 Mt., Abschreibung von 4% auf De-
cretoconto für etwaige Ausfälle, sowie nach Abzug von 23,157 Mt. Handlungs-

unkosten und 7753 Mt. Zinsen nach auf 1,035 Mt. bei einem Actiencapital
von 1,020,000 Mt. Diese 141,035 Mt. sollen nun in der Weise vertheilt
werden, daß 14,104 Mt. zum Reinertrag genommen werden, welcher dadurch
auf 72,414 Mt. gebracht wird, neben dem aber noch ein Extrareisefonds
von 48,825 Mt. besteht; ferner Aufsichtsrath und Direction je 7593 Mt.
Anteile erhalten und 102,000 Mt. den Actionären als 10%ige Dividende
zufließen, während 4500 Mt. zum Unterstützungsfonds für das Hüttenpersonal
und zu Remunerationen für die Beamten bestimmt sind und 5245 Mt. auf
neue Rechnung vorgelegt werden. Von den Aufsichtsräthen scheidet Kaufm.
G. Halberstadt durch das Loos aus, wurde aber wieder gewählt. — Der
Geschäftsbericht ergibt, daß die Glasbütten in Folge der mangelhaften Concur-
renz, welche die Preise sehr wesentlich drückte, bei fast ebenso großer Production
als im Vorjahre um 85,000 Mt. geringere Einnahmen gehabt hat, also um
mehr als die Hälfte des Reingewinns weniger. Ein Ende der gegenwärtigen
ungünstigen Verhältnisse ist noch nicht abzusehen, doch wird die Einstellung
des Betriebs in vielen neueren Etablissements eine Besserung wohl herbei-
führen.

O Sirechberg, 24. Juni. [Johannisfeuer. — Nord.] Am gestrigen
Johannisborabend erglänzte auf den unsere Stadt und das gesamte
Sirechberger Thal umgebenden Bergen die Johannisfeuer wieder sehr zahl-
reich. Es wurden deren bis über 60 gezählt; den höchsten Standpunkt
nahmen die auf der Schneefuppe und den Schneegraben ein. Die Schaa-
ren der Beobachter hieselbst frequentirten namentlich den Cavalierberg, den
Hausberg und die Händler'sche Weinballe. Auf sämtlichen dieser Punkte
waren Veranstaltungen getroffen, durch Illumination resp. Concert und
Feuerwerk den Abend in hergebrachter Weise zu einem volkstümlichen zu
machen. — In vergangener Nacht wurde im Saalberger Forst der Forst-
schefle Weniger erschossen. Oberförster Haas in Siersdorf fand denselben
heut früh auf, als das unglückliche Opfer eines Verbrechens in Folge der
erhaltenen Stichwunden in den letzten Jagen lag.

tz. Briesg, 23. Juni. [Tagesbericht. — Ausfluß des Gewerbe-
vereins nach Kopen.] Am Sonnabend feierte der Bürgerverein sein
6. Stiftungsfest, das zahlreich besucht und so vorzüglich arrangirt war, daß
alle Teilnehmer in vollstem Maße befriedigt waren. — Den heißen Tagen
der letzten Woche folgte am Sonntag Morgen eine angenehme Abkühlung
durch einen wolkenbruchartigen Gewitterregen, welcher in kurzer Zeit die
Straßen und Plätze der Stadt überflutete. Gestern folgte der hiesige
Gewerbeverein einer Einladung des Brauerei-Directors Herr Hauptmann
Nitschke zu Kopen, welche derselbe bereits im Winterhalbjahre bei Gelegen-
heit eines Vortrags „über Geheimmittel-Schwindel und Bierverfälschung an
den Verein richtete. Die mehr als hundert Besucher der Kopenner Brauerei
haben nun gestern das dortige Bier einer gründlichen Probe unterzogen, die
höchst befriedigend ausfiel. Director Nitschke hatte alles aufgeboten, seinen
Gästen den Aufenthalt in Kopen so angenehm und lehrreich als nur mög-
lich zu machen. Nach der Begrüßung im Schloße wurden die Teilnehmer
in einzelnen Gruppen durch die sämtlichen Räume des großartigen Etab-
lissements geführt, welcher Rundgang die Zeit von 4—6 Uhr in Anspruch
nahm. Demselben folgte unter Musikbegleitung eine Kahnfahrt nach dem
Oderwalde, wo ein frischer Trunk vom besten Gerstensaft bereit stand. Bei
der Abkunft Abends 8 Uhr wariete im feilich geschmückten Wirtschaftshaus-
saale eine wohlbesetzte Tafel und manches schäumende Bächchen, daß sie ihres
Inhalts ledig wurden. Heitere und ernste Rede würzte das fröhliche Mahl.
Herr Director Nitschke toastete auf den gegenwärtigen Leiter der
Brauerei, Herrn Director Nitschke, dieser auf den Verein, Herr Kaspa-
rowski auf den Begründer der gegenwärtig großen, blühenden Anlage,
Herr Rittergutsbesitzer Heider, Schwiegervater des jetzigen Directors.
Ein prächtiger Anblick gewährte das unterirdisch an jenseitigen Oefen ab-
gebrannte Feuerwerk. Spät erst dachte man an den Heimweg, der endlich
voll der angenehmsten Eindrücke um die Mitternachtsstunde angetreten wird.

T. Neubrun, 24. Juni. [Brutaler Mord.] In Gollamies Kreis
Ples, lebt eine Butterhändlerin, Franziska Noras, seit 11 Jahren von
ihrem Manne getrennt, treibt seit jener Zeit mit Anderen ein unsittliches
Leben, und lebte bis vor Kurzem im Concubinate mit einem Arbeiter, mit
welchem sie auch ein Kind erzeugt hat. Dieses Concubinat wurde durch
polizeiliche Strafmaßregeln aufgehoben. Die p. Noras konnte keine Ehe
mit diesem Letzteren eingehen, so lange ihr Mann lebte, ein Hinderniß, we-
gen dessen sein Tod beschloffen worden sein mag. Gestern bemerke dieselbe,
daß ihr Mann, der sonst in Häfen und Gärten arbeitete, sich im Die-
beude und auf's Feld gehe. Sie suchte ihm auf Umwegen zu begegnen. Als
sie ihn an einem Dämme liegend angelassen hatte, gab sie ihm mehrere
Schläge mit einer Korkschale, welche sie bei sich führte, so daß derselbe
zusammenstürzte und erstickte sich. Ein 50 Schrit weit gegangen, steht sie,
daß ihr Mann sich wieder in sitzender Lage befindet, geht zurück und giebt
ihm mehrere Hiebe mit der Hade und nachdem er niedergelunken, giebt sie
in größter Wuth ihm noch an zehn Schläge auf die Brust, bis er erst
von dem Dämme herunterrollt. Die Leiche befindet sich in Hasi; sie hat
ihren Verbrechen ohne Umstände zugestanden und gemeint, daß ihr nicht viel
geschehen könne, sie werde es in der Hasi besser als zu Hause haben.

Berlin, 24. Juni. Der Verlauf der heutigen Börse konnte sich nicht frei
entwickeln, es war derselbe insulirt durch die beginnende Ultimo-Regulirung,
der man mehr und mehr die Aufmerksamkeit zuwendet. Im Ganzen war
daher denn auch die Stimmung gedrückt und nur für vereinzelte Werthe
konnte eine festere Tendenz zum Durchbruch gelangen. Auf dem Specu-
lations-Markt hatten heute Franzosen die Rolle übernommen, die gestern und
in den Tagen zuvor den Lombarden zugefallen war, ohne daß man auch
für dieses Effect einen bestimmten Anlaß zu dem Abgang anführen konnte.
Der Geldmarkt ist keineswegs flüssig zu nennen, die Nachfrage nach Geld
mehrt sich fortgesetzt und der Discount am offenen Markte nähert sich dem
Bankdiscount. Für Ultimoswede stellt sich der Zinsfuß auf circa 4 1/2 %.
Im Einzelnen berechneten sich Deposits: Franzosen 70, Lombarden 70—80,
Credit 60—80, Laura 1/2 %, Bergische 1/2 %, Disconto-Commandit 1/2 %
u. glatt. Rheinische bedangen 1/2 % Report. Die internationalen Specu-
lationspapiere hatten etwas höher eingeseht und namentlich zeigten sich Com-
barden anfänglich recht fest, die matte Stimmung aber, der Franzosen erlagen,
lachte auch auf Oesterreichische Creditanleihe und auf Lombarden. Für die
localen Speculationseffecten gestaltete sich der Verkehr etwas belebter. Dis-
conto-Commandit Anfangs fest, dann ermattend, 153,10, ult. 154—153,
Dorimunder Union sehr lebhaft, 8,50, ult. 9—8,50. Laurach. still, 94,50,
ult. 95—94,50. Die Oesterr. Nebenbahnen wurden reger umgekehrt und
waren bei unbedingten Courten auch ziemlich fest, nur für Galizier und
besonders für Oesterr. Nordwestbahn trat eine intensive Mattigkeit auf. Aus-
wärtige Staatsanleihen verhielten sich sehr ruhig und Türlen zogen das
Interesse mehr auf sich. Die ungünstige Meinung, die gestern für das
Papier vormalste, hatte sich etwas gebessert und trat heute schon
weniger Kaufwillig auf, in deren Folge auch der Cours etwas anjog.
— Russische Werthe ruhig, VI. Stiglich-Anleihe besser, Bodencredit
fanden eher Beachtung, Vtr.-Anleihen von 1871, 1872 und 1873 gut be-
hauptet. Preussische Fonds ziemlich fest bei meist unbedingten Courten,
andere Deutsche Staatspapiere iraten nur wenig in Verkehr, Preussische Pri-
oritäten zeigten sich recht fest, Bergische A. B. und C. belebt und Ober-
schlesische 1874 reger. Oesterr. Prioritäten waren ebenfalls fest, Lombardische
3 Proc. zogen an, auch Roschach-Oberberger notiren höher. Auf dem Eisen-
bahn-Actienmarkt war die Haltung schwach und der Umsatz sehr klein. Hal-
berstädter, Stettiner und Anhalter besser, Potsdamer niedriger. Stargard-
Posener begehrt, Oberschlesische unverändert. Leichte Bohnactien eher matt.
Vantactien ziemlich fest und nicht ganz unbedeut. Deutsche Reichsbank 139 1/2,
Geraer Bank und Mecklenburger Bodencredit höher, Breslauer Disconto
gut behauptet, Darmst. fester, Preuss. Bodencr. schwach, Schaaffhausen matter,
aber recht belebt. Industriepapiere wenig beachtet, Flora höher, Westend nach-
gehend, Senfter besser, gr. Pferdebahn belebt aber niedriger, Viehhofregg, Neptun
lebhaft, Wacsmann zu besserem Course in möglichem Umfange, Görlitzer Eisen-
bahnbed., Freund und Geßler steigend, Wöhlert und Ober-Elb. Eisenbahnbed.
matter, Leopoldshall anziehend, Massener besser, Louise und Centrum höher,
Adams-Hoengen, Courl und Westph. Draht nachgehend, Harfort Bergwerth
wiederum gedrückt und niedriger. — Um 2 1/2 Uhr: Credit 396, Lombarden
165 1/2, Franzosen 501, Disc.-Comm. 153 1/2, Dorim. Union 8 1/2, Laura 94 1/2.
(Bank- u. S.-B.)

[Ueber die Affäre Pilz.] enthält der Geschäftsbericht der Berlin-Görlitzer
Bahn folgende Mittheilungen: Nach dem Entwideln des Pilz ist ermittelt,
daß er gegen Hinterlegung eines Acceptes des Geheimen Regierungsraths
Nichtsteig über 20,000 Thlr. den gleichen Betrag aus der Kasse sich hatte
zahlen lassen, daß er 16,695 Thlr. Effecten entwendet, welche theils für die
Pensionskassen der Berlin-Görlitzer und Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn-Ge-
sellschaft angekauft, theils von Beamten oder Lieferanten als Caution bestellt
waren und daß er Coupons im Betrage von 800 Thlr. unterschlagen hat.
Zum Empfange der 91,579 Thlr. — des Erlöses für den Bantankstall Hendl
in Lange zum Verkauf übergebene, der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn-Ge-
sellschaft gebührige Effecten — war Pilz, nach Ansicht der Görlitzer Direction,
nicht legitimirt und die genannte Bantankstall zur Zahlung an ihn nicht be-

ragt. Die Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn-Gesellschaft hat deshalb auch auf
Zahlung der 91,579 Thlr. gegen die Bantankstall Hendl u. Lange geflagt,
und da erst nach Beendigung dieses Processes sich ergeben wird, ob bezüglich
dieser Summe überhaupt ein Defect vorliegt, so ist seitens der Verwaltungs-
rath der Halle-Sorau-Gubener und der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Ge-
sellschaft die Frage, ob bei ungünstigem Ausfalle des Processes beide Ge-
sellschaften und zu welchen Theilen oder nur eine Gesellschaft den durch ihren
gemeinschaftlichen Beamten entstandenen Schaden zu tragen habe, bis nach
rechtskräftiger Entscheidung des Falles verlag worden. — Durch die Ent-
nahme der 20,000 Thlr. aus der Kasse sei zur Zeit ein Defect nicht entstan-
den. Pilz war von dem Geheimen Regierungsrath Nichtsteig nach dessen
Erklärung beauftragt worden, ihm gegen sein dem Pilz behändigtes Accept
über 20,000 Thlr. ein Darlehen in gleichem Betrage von dem Vorkaufverein
in Görlitz zu beschaffen und hatte, unter der Vorspiegelung, daß er mit Vor-
wissen des Geheimen Regierungsraths Nichtsteig handle, den Cassirer ver-
leitet, ihm 20,000 Thlr. zu übergeben und an deren Stelle das erwähnte
Accept in der Kasse niederzulegen. Dasselbe ist demnach gegen 2 Wechsel
über je 30,000 Mark von dem Geheimen Regierungsrath Nichtsteig, der das
Geld selbst erhalten, eingetauscht worden, von denen die Halle-Sorau-Gube-
ner wie die Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft je einen als Actium zum
Ertrage für den aus der gemeinschaftlichen Casse entnommenen Barbetrag
angenommen hat. Für die Einlösung der Wechsel sind 2 Grundschuldbriefe
über je 30,000 Mark, eingetragen für den Geheimen Regierungsrath Nicht-
steig auf dem Rittergute Kroppen mit Heinersdorf, verpfändet. Die Zinsen
für die 20,000 Thlr. pro 1874 sind seit ihrer Entnahme aus der Kasse von
dem Geheimen Regierungsrath Nichtsteig bezahlt worden. — Die begangenen
Entwendungen von Wertheffekten seien dem Pilz dadurch ermöglicht worden,
daß bei den unzulänglichen Bestimmungen der alten jetzt aufgehobenen Cassen-
instruction die eingehenden Effecten von dem Rentanten allein in Empfang
genommen wurden, daß sie nicht wie baare Geld durch die Kasse gegangen
und im Raffensbude nicht eingetragen worden sind. — Von den entwendeten
Effecten im Nominal-Betrage von 16,695 Thlrn. waren für die Berlin-Görlitzer
Pensions-Casse erworben 2200 Thlr., der Gesellschaft von 4 Beamten
als Caution bestellt 900 Thlr. Der Halle-Sorau-Gubener und der Berlin-
Görlitzer Eisenbahn von drei gemeinschaftlichen Beamten als Caution bestellt
3000 Thlr., wovon vorläufig die Hälfte zu Lasten jeder Gesellschaft zu ver-
rechnen ist mit 1500 Thlr. der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft von
Unternehmern zc. bestellt 2595 Thlr., beiden Gesellschaften von 1 Lieferanten
400 Thlr. bestellt, wovon hier die Hälfte zur Anrechnung kommt 200 Thlr.

Wien, 24. Juni. [Wochenausweis der gesammten lombardischen
Eisenbahn] vom 1. bis zum 17. Juni 1,338,581 Zl., gegen 1,273,863
Zl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehreinnahme
64,668 Zl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 561,897 Zl.

Berlin, 23. Juni. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte
und Metalle.] Wenn auch in vergangener Woche die Umsätze in Roheisen
und Metallen keinen bedeutenden Umfang erreichten, so läßt sich doch nicht
verkennen, daß auf dem Roheisenmarkt eine kleine Besserung sich fühlbar
macht, Preise von den meisten Metallen beharren seit Wochen ihre Festig-
keit. — Kupfer fest. In England Chili 82 1/2—83 Pfd. Sterl. Wallaro
90—91 Pfd. Sterl. Urmeneta 92 Pfd. Sterl. Englisches 88—90 Pfd. Sterl.
Hiesiger Preis für englische Marten 92—96 pr. 50 Kilogramm.
Mansfelder Raffinade Mart 96 pr. 50 Kilogramm Cassa ab Hütte. Details
preis 3—4 Mt. höher. Bruchtwiler. Je nach Qualität Mt. 76—81 pr.
50 Kilogr. loco. — Zinn steigend. Vancanin in Holland 51 1/2 Zl. Hier Vancan-
in Mart 96—98 pr. 50 Kilogr. Straits in England 84 Sch. Hier Prima
Lammzinn je nach Qualität Mt. 95,00—96,00 pr. 50 Kilogr. Secunda Mt.
90—91 pr. 50 Kilogr. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise.
Bruchzinn Mt. 72—75 pr. 50 Kilogr. — Zink anwackernd fest. In Breslau
W. H. von Giesche's Erben Mart 24,25—24,50, geringere Marten Mart
23,50 pr. 50 Kilogr. In London 24 Pfd. 15 Sch. Hier am Platze erherte
Mt. 26,00—26,25, letztere Mt. 25 pr. 50 Kilogr. Im Detail verhältniß-
mäßig höher. Bruchzinn Mt. 16,50—17,50 loco pr. 50 Kilogramm. — Blei
begehrig und preisbestend. Larnowitzer sowie von der Paulshütte, G. von
Giesche's Erben ab Hütte Mt. 21,50—22 pr. 50 Kilogr. Raff. loco hier
Mt. 23—23,50. Harzer und Sächsisches Mt. 23,50—24,50. Spanisches
Rain u. Co. Mt. 26,25—27. St. Andres Mt. 25—26. Detailpreise ver-
hältnismäßig höher. Bruchblei Mt. 19—19,50 pr. 50 Kilogramm. —
Roheisen. Die Stimmung des Roheisenmarktes in Glasgow hat sich verbessert.
Warrants 59 Sch. 6 P. Langlois und Colne 65—67 Sch. f. a. B. Zu-
fuhren von Colne bleiben knapp. Hiesige Lagerpreise für gute und beste
schottische Marten Mt. 4,70—5,00 pr. 50 Kilogramm. Englische Roheisen Mt.
4—4,20 pr. 50 Kilogr. Oberschl. Coats-Roheisen Mt. 3,70—3,90 pr. 50 Kilogr.
Giesche's-Roheisen Mt. 4—4,20 pr. 50 Kilogr. Graues Holzbohlen-Roheisen
Mt. 5,30, weißes Holzbohlen-Roheisen Mt. 4,50—4,70 pr. 50 Kilogr. ab
Hütte. Bruch-Eisen. Je nach Qual. mit 4,50—5 pr. 50 Kilogr. — Stab-
eisen. Gewaltes Mart 8,50—9 pr. 50 Kilogramm ab Werk. Geschmiedetes
Mart —, pr. 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger Mt.
12,50—17 loco pr. 50 Kilogr. je nach Dimension. — Eisenbahnzweigen. Zu
Bauzwecken geblagene Mt. 6,50—7,50, zum Verwalzen Mt. 4,75—5,25 je
nach Lage des Ablieferungsortes. — Kohlen und Coals steigend, da Frachten
höher gehen. Englische Ruß- und Schmiedefohlen nach Qualität werden hier
bis Mt. 81, Coats Mt. 68—72 per 40 Hectoliter bezahlt. Schleischer und
westphälischer Schmelz-Coats Mt. 1,50—1,90 pr. 50 Kilogr. loco hier.
Leopold Habra.

Berlin, 24. Juni. [Productenbericht.] Roggen ist zu anziehen-
den Preisen ziemlich rege gehandelt auf Termine. Waare ist wenig umge-
seht. — Roggenmehl wurde besser bezahlt. — Weizen vernachlässigt, beson-
ders werden nahe Sichten durch die Kündigungen unter Druck erhalten. —
Hafer loco matt, Termine gut preisbestend. — Rübsl still und matt. —
Spiritus fest aber wenig beiebt.
Weizen loco 160—195 Mt. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert,
nelter galizischer — Mt. ab Bahn bei, ordinärer weißbunter polnischer —
Mt. bez., pr. Mai-Juni 186—185—185 1/2 Mt. bez., pr. Juni-Juli 186—
185—185 1/2 Mt. bez., pr. Juli-August 187—186 1/2 Mt. bez., pr. August-
September — Mt. bez., pr. September-October 191—190 1/2 Mt. bez., pr.
October-November 192—191—191 1/2 Mt. bez. — Gefündigt 28,000 Ctr.
Kündigungspreis 185 1/2 Mt. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 133—161 Mt.
nach Qualität gefordert, russischer und galizischer 136—144 Mt. bez., or-
dinärer russischer — Mt. bez. unändlicher — Mt. ab Bahn bei, ordinärer in-
ländischer — Mt. ab Bahn bei, pr. Mai-Juni 138 1/2—140 Mt. bez., pr. Juni-
Juli 138 1/2—140 Mt. bez., pr. Juli-August 139—140 1/2 Mt. bez., pr. Au-
gust-September — Mt. bez., pr. September-October 143—144 Mt. bez. —
Gefündigt 25,000 Ctr. Kündigungspreis 139 1/2 Mt. — Gerste loco 120
—156 Mt. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 120—185 Mt. nach Qua-
lität gefordert, schleischer — Mt. bez. ostpreussischer 150—175 Mt. bez., west-
preussischer 150—175 Mt. bez., russischer 130—179 Mt. bez., ungarischer und
galizischer 125—150 Mt. bez., vommerscher 163—180 Mt. ab Bahn bei, med-
lenburger 163—180 Mt. ab Bahn bei, pr. Mai-Juni 155 1/2—156 Mt. bez.,
pr. Juni-Juli 155 1/2—156 Mt. bez., pr. Juli-August 151 1/2 Mt. bez., pr.
August-September — Mt. bez., pr. September-October 147—148 Mt. bez. —
Gefündigt 9000 Ctr. Kündigungspreis 155 1/2 Mt. — Erbsen: Rothwaare
174—232 Mt., Futterwaare 150—170 Mt. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br.
untersteuert incl. Sad Nr. 0 25,50—24,50 Mt., Nr. 0 und 1 24,00—22,50
Mt. — Roggenmehl Nr. 0 22,25—21,25 Mt., Nr. 0 und 1 20,50—18,50
Mt. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1; pr. Mai-Juni 20,55—60 Mt. bez., pr.
Juni-Juli 20,55—60 Mt. bez., pr. Juli-August 20,55—60 Mt. bez., pr. Au-
gust-September 20,65—70 Mt. bez., pr. September-October 20,75 Mt. bez.,
pr. October-November — Mt. bez. — Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis
— Mt. — Delfaaten: Rapz — Mt., Rüben — Mt. nach Qualität.
Rübsl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 57 Mt. bez., mit Faß — Mt. bez., pr.
Mai-Juni 58 Mt. bez., pr. Juni-Juli 57,5 Mt. bez., pr. Juli-August 57,5
Mt. bez., pr. September-October 60,2—60,3 Mt. bez., pr. October-November
61 Mt. bez., pr. November-December 61,6—61,7 Mt. bez. — Gefündigt —
Ctr. Kündigungspreis — Mt. bez. — Leindl loco 60 Mt. — Petroleum
per 100 Kilo incl. Faß loco 26 Mt. bez., pr. Mai-Juni 25 Mt. bez., pr.
Juni-Juli — Mt. bez., pr. Juli-August — Mt. bez., pr. September-October
24,4 Mt. bez. — Gefündigt — Barrels. Kündigungspr. — Mt.
Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß“ 54 Mt. bez. ab Speicher
— Mt. bez., pr. Mai-Juni 53,9—53,5—53,8 Mt. bez., pr. Juni-Juli 53,9—
53,5—53,8 Mt. bez., pr. Juli-August 54—53,8—54 Mt. bez., pr. August-
September 55—55,1—54,8—55 Mt. bez., pr. September-October 54,5—54,8
—54,7 Mt. bez. — Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — Mt.

Die Nr. 25 der „Neuen Handel-Zeitungschrift“ für die Interessen des
Handels und der Industrie, Organ des Verbandes deutscher Kaufmanns-
vereine, Verlag von Ludwig Heiman, Berlin W., Dersingstraße 16,
hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Der Thon in seiner Bedeutung für
Industrie und Handel. — Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten.
— Verein zur Förderung überseischer Handelsbeziehungen in Stettin.
— Zwei Emissionen. 1870 und 1875. — Deutsche Gesellschaft zur Rettung
Schiffbrüchiger u. f. w.

